

Gesundheits- und Sozialpolitik

Zeitschrift für das gesamte
Gesundheitswesen



Koalition ohne Ende

AUS DEM INHALT

Franz Knieps

Kontinuität vor Wandel in der Gesundheitspolitik –
Der Vertrag für eine erneute Große Koalition

Karl-Heinz Schönbach

Ambulante Versorgung: Wartezeiten auf Reformen

Ralf Heyder, Jürgen Malzahn

Krankenhauspolitik im neuen Koalitionsvertrag:
Wohin geht die ordnungspolitische Reise?

Hartmut Reiners

Bedarfsplanung und Sicherstellung –
Dauerbaustelle der Gesundheitspolitik

Patricia Ex, Volker Amelung

Auf und Ab: Der politische Wille zur Stärkung der
Digitalisierung im Gesundheitswesen

Stefan Greß

Finanzierung des Gesundheitssystems im
Koalitionsvertrag: Wenig Konkretes und viele
Leerstellen

2/2018

72. Jahrgang

ISSN 1611-5821



Nomos

Gesundheits- und Sozialpolitik

Zeitschrift für das gesamte
Gesundheitswesen

BEIRAT: Prof. Dr. med. Reinhard Busse, Technische Universität Berlin, Prof. Josef Hecken, Unparteiischer Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses, Berlin, Dr. Christopher Hermann, Vorsitzender des Vorstandes der AOK Baden-Württemberg, Stuttgart, Ralf Heyder, Generalsekretär des Verbands der Universitätsklinika Deutschlands, Berlin, Prof. Dr. med. David Klemperer, Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, Dr. Volker Leienbach, PKV-Verbandsdirektor, Köln, Prof. Dr. Karl Lauterbach, Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin, Prof. Dr. Heinz Rothgang, Universität Bremen, Prof. Dr. med. Matthias Schrappe, Bonn, Prof. Dr. Heinz-Dietrich Steinmeyer, Universität Münster, Prof. Dr. Christoph Straub, Vorstandsvorsitzender der BARMER, Berlin, Prof. Dr. Leonie Sundmacher, Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Sascha Wolf, Hochschule Pforzheim

HERAUSgeber: Prof. Dr. Volker E. Amelung, Franz Knieps, Karl-Heinz Schönbach

REDAKTEUR: Erwin Dehlinger (ViSdP)

EDITORIAL	3	Kontinuität vor Wandel in der Gesundheitspolitik – Der Vertrag für eine erneute Große Koalition	Seite 6
TRENDS & FACTS	4	Nach dem Schauspiel inszenierter Sondierungen für eine Jamaika-Koalition folgten zügige Verhandlungen zwischen den bisher regierenden Parteien und ein überraschend deutliches Votum der SPD-Basis. Seitdem ist klar, dass zum vierten Mal eine „Große Koalition“ aus Unionsparteien und SPD regieren wird. Der Beitrag gibt einen Überblick über die gesundheitspolitisch relevanten Inhalte des Koalitionsvertrags und bewertet Chancen und Risiken für eine strukturelle Modernisierung des deutschen Gesundheitswesens – primär aus Sicht der GKV.	
THEMA		Ambulante Versorgung: Wartezeiten auf Reformen	Seite 10
Kontinuität vor Wandel in der Gesundheitspolitik – Der Vertrag für eine erneute Große Koalition		Nie gab es mehr Ärzte und wurde mehr Geld für die ambulante Versorgung aufgewandt. Dennoch sieht sich die Koalition ungeahnter Sorgen um „Sicherstellung“, „Notfallversorgung“ und „Vergütungssystem“ gegenüber. Das übliche „mehr“ ist verwehrt. Es geht um inhaltliche Justierungen. Im Hinblick auf die verordneten und veranlassten Leistungen sind sie komplex austariert, weil sie Leistungen Dritter mit Folgekosten auslösen. Es ist Nachschau zu halten, ob der Koalition eine Grundlage für diese notwendige Arbeit bereitsteht.	
Franz Knieps	6	Krankenhauspolitik im neuen Koalitionsvertrag: Wohin geht die ordnungspolitische Reise?	Seite 15
Ambulante Versorgung: Wartezeiten auf Reformen		Der Koalitionsvertrag umfasst für den Bereich der Krankenhauspolitik ein Potpourri von Einzelmaßnahmen. Es fehlt die Ausrichtung auf ein klar erkennbares Zielbild für die Krankenhausstrukturen 2025. Auch bei der Fachkräfte sicherung in der Pflege braucht es eine konzeptionelle Einordnung der im Koalitionsvertrag genannten Einzelmaßnahmen. Einfache und schnelle Lösungen wird es hier nicht geben. Wichtig ist es, die gesamte Palette an möglichen Reformmaßnahmen zu nutzen.	
Karl-Heinz Schönbach	10	Bedarfsplanung und Sicherstellung – Dauerbaustelle der Gesundheitspolitik	Seite 21
Krankenhauspolitik im neuen Koalitionsvertrag: Wohin geht die ordnungspolitische Reise?		Die Integration von ambulanter und stationärer Versorgung erfordert andere Zuständigkeiten für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung. Die Länder müssen mehr Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit dem GKV-System die Bedarfsplanung für das gesamte Gesundheitswesen gestalten. Auch die Arbeitsteilung in der Rechtsaufsicht zwischen den Bundes- und Landesbehörden muss neu geordnet werden.	
Ralf Heyder, Jürgen Malzahn	15	Auf und Ab: Der politische Wille zur Stärkung der Digitalisierung im Gesundheitswesen	Seite 26
Bedarfsplanung und Sicherstellung – Dauerbaustelle der Gesundheitspolitik		Die Digitalisierung gewinnt zunehmend auch im Gesundheitswesen an Bedeutung. Seit 15 Jahren versucht der Gesetzgeber, verschiedene Elemente der Digitalisierung durch Reformen zu gestalten. Der Beitrag gibt einen Überblick über den Stand von <i>Digital Health</i> in Deutschland und die Gesetze zu dessen Regulierung seit 2003. Auf dieser Grundlage werden die Handlungsfelder zur Digitalisierung des Gesundheitswesens aus dem aktuellen Koalitionsvertrag dargestellt und bewertet.	
Hartmut Reiners	21	Wege aus der Altersarmut? Vereinbarungen der Großen Koalition	Seite 31
Auf und Ab: Der politische Wille zur Stärkung der Digitalisierung im Gesundheitswesen		Der Beitrag analysiert erkennbare Leitlinien des Koalitionsvertrages, die sich für die Prävention und Gesundheitsförderung ergeben. Dabei werden auch ressortübergreifend relevante Positionierungen außerhalb der Gesundheitspolitik beachtet.	
Patricia Ex, Volker Amelung	26	Finanzierung des Gesundheitssystems im Koalitionsvertrag: Wenig Konkretes und viele Leerstellen	Seite 36
Prävention und Gesundheitsförderung zwischen Erneuerung und Konsolidierung		Über wenige Themen wurde während der Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD so intensiv gestritten wie über die zukünftige Finanzierung der gesundheitlichen Versorgung. Vor diesem Hintergrund hat überrascht, dass das Thema Finanzierung im Koalitionsvertrag einen nur geringen Stellenwert einnimmt. Deshalb werden in diesem Beitrag im ersten Teil die konkreten Vereinbarungen bewertet. Im zweiten Teil werden die Leerstellen im Koalitionsvertrag hinsichtlich der zukünftigen Finanzierung von GKV und PKV analysiert.	
Gregor Breucker, Julia K. Schröder	31		
Finanzierung des Gesundheitssystems im Koalitionsvertrag: Wenig Konkretes und viele Leerstellen			
Stefan Greß	36		
Wege aus der Altersarmut? Vereinbarungen der Großen Koalition			
Simone Leiber	41		
Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung			
Florian Blank, Erik Türk	47		
Das völkerrechtliche Menschenrecht auf Gesundheit und seine Umsetzung in Deutschland			
A. Katarina Weilert	55		
ZUR DISKUSSION			
Mit Urwahl alles gut für die Selbstverwaltung?			
Robert Paquet	62		
NACHRUF			
Nachruf auf Herbert Ehrenberg			
Hartmut Reiners	66		
REZENSIONEN			
	67		
IMPRESSUM			
	U2		

»kann uneingeschränkt empfohlen werden.«

Ri Dr. Martin Kellner, Vr 9/13, zur Vorauflage



Sozialrechtshandbuch (SRH)

Herausgegeben von Prof. Dr. Franz Ruland,

Prof. Dr. Ulrich Becker, LL.M. und Prof. Dr. Peter Axer

Begründet von Prof. Dr. Bernd Baron von Maydell
und Prof. Dr. Franz Ruland

6. Auflage 2018, 1.725 S., geb., 160,- €

ISBN 9978-3-8487-2792-6

nomos-shop.de/27153

Das Sozialrechtshandbuch – SRH

systematisiert, verknüpft und stellt die Fülle unterschiedlichster Rechtsentwicklungen in den besonderen Teilen des Sozialrechts übersichtlich in einem Band dar.

Die aktuelle Neuauflage

bringt Sie auf den aktuellen Stand der Gesetzgebung und Rechtsprechung in allen wichtigen Sozialrechtsgebieten. Die 6. Auflage zieht Bilanz und berücksichtigt alle gesetzlichen Änderungen der Legislaturperiode des 18. Deutschen Bundestages, u.a.:

- 9. SGB II-Änderungsgesetz
- Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und in der Sozialhilfe nach dem SGB XII
- Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz
- Unterhaltsvorschussreform 2017
- 5. und 6. SGB IV-Änderungsgesetz

- GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz
- GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz
- Krankenhausstrukturgesetz
- GKV-Versorgungsstärkungsgesetz
- Bundesteilhabegesetz
- Pflegestärkungsgesetze (PSG I, II, III)
- Datenschutz: Datenschutzgrund-Verordnung / Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU / Gesetz zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften, Art. 24 (SGB X)

Neu aufgenommen wurden die Bereiche Soziales EU-Verfassungsrecht, EU-Koordinierungsrecht und Kommunale Sozialpolitik.

Die umfangreiche neue Rechtsprechung

aller Instanzen, des BVerfG und des EuGH, z.B. in den Rechts-sachen Brey, Dano, Alimanovic und García-Nieto, ist durchgängig berücksichtigt.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

